

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: W. G. ...  
Verleger: ...

Druckerei: W. G. ...  
Verleger: ...

Druckerei: W. G. ...  
Verleger: ...

## Völlige Verwirrung in Genf

### Was wird aus der Abrüstungskonferenz?

Genf, 14. Juli. Die Lage auf der Abrüstungskonferenz stellt sich heute verworrener denn je dar. Der Hauptanstoß wird nunmehr wahrscheinlich erst am Dienstag oder sogar erst am Mittwoch zusammenzutreten können. Gegen die Resolutionsentwürfe, die auf eine Vertagung hinfielen, ist von den verschiedenen Seiten Einspruch erhoben worden. Die bisherigen Entwürfe enthalten keinerlei praktische, sofort wirksame Abrüstungsmassnahmen. Bezeichnend ist, daß diese Entwürfe bestimmte Grundforderungen, wie beispielsweise die der Gleichberechtigung, bisher völlig außer Acht lassen. Neuerdings trägt man sich in Kreisen der Konferenz mit dem Gedanken, der Konferenz lediglich die Annahme eines "Verichts" vorzuschlagen und sie dann zu vertagen.

Angesichts der geschilderten Entwicklung kommt es jetzt für die deutsche Delegation kaum mehr darauf an, durch Änderungsanträge im einzelnen den doch ausstehenden Versuch zu machen, den Völkervertrag in deutscher Sprache zu verbessern. Es wird sich vielmehr hauptsächlich darum handeln, durch einen klaren einseitigen Akt der deutschen Politik die deutsche Forderung hinsichtlich einer wirklichen Abrüstung und einer Entscheidung in der Vorbereitung nach Gleichberechtigung nachdrücklich zu vertreten.

### Wichtige Besprechungen Herrlots mit dem Generalstab

Paris, 14. Juli. Ministerpräsident Herrlot hatte am Donnerstag eine lange Unterredung mit dem Vizepräsidenten des Obersten französischen Kriegsrats, General Enga n d, und dem Chef des Großen Generalstabs, General Cam e l l i n, über den Entschleunigungsantrag, den Frankreich auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu unterbreiten gedenkt. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, daß sich Ministerpräsident Herrlot und Kriegsminister

Paul Boncour am Sonntagabend nach Genf begeben werden, wo sie am Montagmorgen die erste Aussprache mit den englischen Unterhändlern haben werden.

### Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 14. Juli. Der Völkerbundrat wird am Freitag zusammenzutreten, um die Einberufung einer Weltwirtschafts- und Währungskonferenz zu beschließen. Der Antrag zur Einberufung geht von der Lausanner Konferenz aus und wird in der morgigen Sitzung von dem Vertreter Großbritanniens, wahrscheinlich dem englischen Außenminister Sir John Simon selbst begründet werden. Der Völkerbundrat wird morgen voraussichtlich einen Organisationsausschuß ernennen, der die technischen Vorbereitungen für die Konferenz zu treffen hat. Dieser Organisationsausschuß soll aus den Staatsvertretern derjenigen Mächte, welche die Einladung zur Lausanner Konferenz ergaben, bestehen, und aus denjenigen Staatsmitgliedern, welche im Völkerbundrat die Vertretung der Wirtschaft, und Finanzfragen ausüben, bestehen. Der Ausschuss wird das Organ darstellen, dem hauptsächlich die technischen und organisatorischen Fragen der Weltwirtschaftskonferenz anfallen. Da dem Ausschuss ausdrücklich das Kooperationsrecht zuerkannt werden soll, besteht die Möglichkeit für die Vereinigten Staaten von Amerika, sich schon in diesem Ausschuss vertreten zu lassen. Wenn sie an der Weltwirtschaftskonferenz teilnehmen, so ist die Konferenz faktisch, ist noch nicht bekannt. Man spricht von London oder Genf.

### Moskau nimmt teil

Moskau, 14. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung den Großmächten mitgeteilt, daß sie willens sei, an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen. Die Weltwirtschaftskonferenz wäre ohne Beteiligung Russlands nicht in der Lage, irgendwelche Beschlüsse zu fassen.

### Achtung auf Genf!

Neben den Lausanner Verhandlungen sind die Genfer Abrüstungsberatungen im Interesse der Weltöffentlichkeit stark zurückgetreten. Das kommt jenen Saboteuren der Abrüstung sehr gelegen, die unter Paul Boncour's Führung und mit Benehmen Hilfeleistung in der nächsten Woche der ganzen Konferenz ein klüßes Begräbnis bereiten wollen. Die Beschlüsse, die dabei gefaßt werden sollen, sind aber gerade für Deutschland als Mächtigster in den Abrüstungsfragen von allergrößter Bedeutung; drehen sie sich doch um die in Lausanne aufgeworfenen und dann wieder verlassenen politischen Forderungen nach Gleichberechtigung in der Wehrverfassung. Wenn wir in diesem Augenblick nicht alles daran setzen, um unserem Verlangen Anerkennung zu verschaffen, dann bietet sich so schnell keine Gelegenheit mehr, diese Lebensfrage der deutschen Politik vor einem internationalen Forum zur Erörterung zu bringen. Darum muß von Deutschland der Alarmruf ertönen und der Widerstand ausgehen, der die Genfer Regie an einer lang- und langlosen Vertagung der Konferenz ohne Entscheidung über die Hauptfrage verhindert.

Man muß weit zurückdenken, um zu ermessen, welche grenzenlose Enttäuschung eine solche „Lösung“ bedeuten würde. Zehn Jahre lang ist diese Konferenz vorbereitet worden, fünf Monate hat sie nun mit einem ungeheuren Apparat gearbeitet. Sie hat sich dabei immer im Kreise gedreht, so daß sie heute genau da steht, wo sie am 2. Februar begann. Die Ursache des Mißerfolges ist die falsche Grundlage des sogenannten Konventionentwurfes, der Deutschland die Gleichberechtigung verleiht und die Einlösung des im Versailler Vertrag gegebenen Versprechens auf allgemeine Abrüstung der Siegerstaaten weder bringen noch kann. In hunderterteiler Kommissionen und Unterkommissionen sind so einige Vereinbarungen über Nebenbedingungen zustande gekommen, aber in den Fragen der effektiven Abrüstung ist alles beim alten geblieben; daß die stark Gerüsteten ihre Waffen behalten und sie den Entwaffneten verweigert bleiben. Uneingeschränkt herrscht noch der Versailler Grundgedanke der Teilung Europas in Nationen mit zweierlei Recht, von denen die einen die nationale Sicherheit in Erbpacht genommen haben, während die anderen der Willkür der Bewaffneten ausgeliefert bleiben. Nicht einmal die Autorität des amerikanischen Präsidenten hat die Tragheit dieser Konferenz überwinden können. Sein ausserordentlich energiegelader Vorschlag auf Verabschiedung aller Rüstungen um ein volles Drittel hat zwar zunächst einige Unruhe erregt, dann hat man aber mit freundlichen Komplimenten für Hoover und seine Ideale von allen Seiten „Stellung genommen“ mit dem Ergebnis, daß der amerikanische Vorschlag als „bankrottierter Material“ zu den Akten gelegt wurde. Und nun ist man endgültig auf dem toten Punkte angelangt, an dem rein technisch nichts anderes mehr übrig zu bleiben scheint als die Vertagung. Darauf läuft die Entscheidung hinaus, die in den nächsten Tagen zur Annahme gebracht werden soll. Man hat sogar die ursprüngliche Absicht aufgegeben, darin die Punkte auszuheben, in denen die Konferenzteilnehmer zu einer Erkenntnis, daß es unvorteilhaft ist, wahrscheinlich in der nächsten Woche zu hängen. Statt dessen soll in der Vertagungsentscheidung die bisherige Arbeit als Basis für die weitere Arbeit bezeichnet werden. Auf deutsch: in den zehn Jahren Vorbereitungszeit kommen noch einmal fünf Monate hinzu mit der Vertagung, das schon einmal eine Fortsetzung kommen werde. Für den Rundigen kann aber kein Zweifel bestehen, daß die Annahme einer solchen Entscheidung nicht die Ueberleitung zu einem neuen Anfang wäre, sondern das Ende, wenn nicht im letzten Augenblick ein neuer Anstoß erfolgt.

Und woher sollte er kommen, wenn nicht von der deutschen Delegation? Diese ist nicht ganz unschuldig daran, daß die Konferenz in denselben Bahnen der Unentschlossenheit verlaufen ist, die in den Jahren vorher von den vorbereitenden Abrüstungskommissionen vorgezeichnet wurden. Sie hat sich allzu sehr an die Konferenzatmosphäre angepasst, um keine Disharmonie aufkommen zu lassen. Sie wich der gegenständlichen Uebermacht durch Stimmenthaltung aus, wo es klare Entscheidungen zu erlangen galt. An dem Offenstehen, der aus unserem vertraglichen Recht vorstehen mußte, schloß es ganz. Nur einmal hat der deutsche Vertreter im Luftfahrt-Ausschuß, der frühere Juppelinführer, Ministerialdirektor Brandenburg, den Mut gehabt, sich mit seiner Forderung nach Gleichberechtigung für Deutschland

## Gahl auf der Rückreise nach Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Juli. Der Reichsinnenminister Freiherr v. Gahl hat Reud e r, wie angekündigt, noch am Donnerstag wieder verlassen und wird am Freitag in Berlin eintriften. Außer der kurzen amtlichen Mitteilung, die im Laufe des Donnerstagsvormittags ausgeben wurde, liegen bisher irgendwelche authentischen Angaben über den Inhalt und das Ergebnis der Reud e r'schen Besprechungen noch nicht vor. Wenn sich trotzdem in der Presse hier und da Andeutungen über die in Reud e r behandelt Themen befinden, so handelt es sich dabei lediglich um bloße Kombinationen. Das gilt insbesondere für die Frage der eventuellen Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen.

### Landtagspräsident Kerri verlangt Eingreifen des Reiches in Preußen

Kassel, 14. Juli. Der Präsident des Preussischen Landtages, der Nationalsozialist Kerri, machte heute hier in einer nationalsozialistischen Wahlversammlung eine ausserordentlich energiegeladene Mitteilung. Er sagte, daß er noch heute ein Schreiben an den Reichskanzler richten werde, in dem eine Aenderung der Verhältnisse in Preußen gefordert wird. Die Nationalsozialisten verlangten, daß der Staat oder, wenn dieser Staat nicht in der Lage sei, das Reich für geordnete Zustände Sorge, und daß die Ordnung in Deutschland wiederhergestellt werde, sei es auch durch Verkündung des Belagerungszustandes.

### Der „Angriff“ verboten

Berlin, 14. Juli. Der Polizeipräsident hat den „Angriff“ bis zum 20. Juli einschließlich verboten. — Anlaß zu diesem Verbot gaben die Nummern 139 bis 144 des „Angriff“. In diesen Zeitungsnummern wurden, wie zur Begründung des Verbotes mitgeteilt wird, die Justiz, die Polizei im allgemeinen, die Berliner Polizei im besonderen, der Minister des Innern, der Polizeipräsident von Berlin und der Polizeipräsident von Frankfurt a. M. beschimpft und der Polizeipräsident von Frankfurt a. M. beschimpft und böswillig verächtlich gemacht. Ferner habe der „Angriff“ in seiner Nummer 144 die katholische Kirche gröblich beschimpft.

### SPD-Rundgebung in Dessau verboten

Dessau, 14. Juli. Die für Donnerstagabend im Livoli angelegte Massenversammlung der Eisenen Front ist vom anhaltischen Staatsministerium verboten worden mit der Begründung, daß der als Redner vorgesehene Schriftleiter des verbotenen „Volkblatt für Anhalt“, Reichstagsabge-

ordneter Se g e r, durch Wort und Schrift in überaus aufsehender Form am Massenhaus reizte.

Das Staatsministerium hat gestern die „Vernburger Volkswacht“ und ihre Kopieblätter in Köthen und Zerbst verboten. Somit ist jetzt in Anhalt keine einzige sozialdemokratische Zeitung erschienen.

### Neue kommunistische Bluttaten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Juli. Einen schweren Ueberfall verübten Kommunisten am Donnerstagsmorgen im Norden Berlins auf Nationalsozialisten. Eine Horde von rund 40 Kommunisten überfiel fünf Nationalsozialisten, die sich zwar zur Wehr setzten, doch der vielfachen Uebermacht nicht standhalten konnten. Auf ihre Hilflosigkeit eiferte ein Ueberfallkommando herbei, das an dem beim Raufen der Polizei von den Kommunisten sofort geräumten Kampflage zwei Nationalsozialisten in ihrem Blut liegend vorfand. Einer davon mußte mit einem gefährlichen Messerhieb im Oberarm ins Krankenhaus gebracht werden, während der andere nur Verletzungen leichter Art davongetragen hatte.

### Zuchthausstrafen im Prozeß Norkus

Berlin, 14. Juli. In dem Prozeß Norkus wurde heute in später Abendstunde nach zwölfstündiger Verhandlung das Urteil gefällt. Der kommunistische Angeklagte Stoll, der Führer der Mosbiter Gruppe der Kommunisten, wurde wegen schweren Landfriedensbruchs und Raubhandels zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Kommunist Wolf und der Stennes-Mann R u s s m a n n erhielten wegen Verbrechen nach § 1 des Republikshuldengesetzes zwei Jahre bzw. drei Jahre Zuchthaus. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Wegen Landfriedensbruchs und Raubhandels wurde der Kommunist K u b l i zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Auf eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und auf drei Jahre Ehrenrechtsverlust erkannte das Gericht gegen den früheren Kommunisten und letzten Nationalsozialisten S e e b u r g wegen Verbrechen nach § 1 des Republikshuldengesetzes (Landfriedensbruch und Raubhandel). Der Angeklagte G u n d e l wurde zu einem Jahre Gefängnis wegen Verbrechen gegen § 2 des Republikshuldengesetzes verurteilt. Frei gesprochen wurden die vier Angehörigen der Mosbiter Stennes-Gruppe V l a s t e n b e r g, S c h e m a i t, S t a c h e t und R o s e.

Dem Prozeß lag die Tötung des 15jährigen Differenzgen Norkus zugrunde, der bei einer Hauspropaganda überfallen wurde und kurze Zeit später seinen schweren Verletzungen erlag. Der Vorfälle bezeichnete die Ermordung des Norkus als eines der schrecklichsten Verbrechen in dieser an politischen Bluttaten so reichen Zeit.

Heute: **D.N.**-Krafffahrer  
Seite 13 und 14